

Staatwachstum gefährdet den Wohlstand

Betrachtet man die zahlenmässig stark geschrumpften Stelleninserate in den Zeitungen und Onlineportalen, so stellt man fest, dass dabei die Anzahl der Inserate für Stellen bei Staat, Gemeinden und staatsnahen Betrieben einen grossen Anteil einnehmen – im Gegensatz zu den schwindenden Inseraten aus der Privatwirtschaft.

Seit 2002 sind gemäss einer Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) der Staat und die staatsnahen Branchen für rund die Hälfte des Beschäftigungswachstums der Schweiz verantwortlich. Verwaltung, Gesundheitswesen, Erziehung und Unterricht sowie das Sozialwesen haben seither ihre Stellen um rund einen Drittel ausgebaut. Über 20 Jahre betrachtet beträgt das Wachstum sogar 60 Prozent, während in der Privatwirtschaft der Zuwachs gerade mal neun Prozent betrug und die Stellen in der Industrie sogar rückläufig sind – nicht erst seit dem 15. Januar 2015. Das ist nicht gut so.

Ursache des ungebremsten staatlichen Stellenwachstums ist die immer stärkere Regulie-

rung. Gemäss Feststellungen von Economie-suisse im Frühjahr 2015 sind ungefähr 55 Prozent aller Preise für Güter und Dienstleistungen durch den Staat administriert. Mehr als die Hälfte aller Preise richtet sich nicht mehr nach Angebot und Nachfrage, sondern nach politischen Kriterien. Der Staat nimmt damit immer stärker Einfluss auf die Wirtschaft, und der Bedarf nach staatlichen Stellen steigt. Obwohl viele Politiker – speziell vor Wahlen – die wachsende Bürokratie beklagen, wird immer mehr reguliert. Die Schweiz verabschiedet sich damit immer stärker vom Wettbewerb, welcher Grundlage für Wachstum und Wohlstand ist. Hinzu kommt, dass staatliche Aufgabenerfüllung kaum je hinterfragt und auf



Walter Locher
ist St. Galler FDP-Kantonsrat.

ihre Wirksamkeit hin überprüft wird – anders als in der Privatwirtschaft. Im «Tages-Anzeiger» vom 4. November 2014 hat der Zürcher alt Stadtpräsident Ledergerber festgestellt, dass es innerhalb der Verwaltung eigentlich Pflicht wäre, mindestens alle zehn Jahre zu überlegen, ob die Aufgaben noch zweckmässig erfüllt werden. Andernfalls müsse man umstrukturieren, Doppelspurigkeiten und Leerläufe beseitigen. Es geschehe aber nichts dergleichen.

Das Umdenken hat tatsächlich noch nicht stattgefunden. In der Novembersession befindet der St. Galler Kantonsrat über das Budget 2016. Geplant sind seitens der Regierung 96 (!) neue Stellen. Begründet wird das mit den gestiegenen Aufgaben des Kantons. Im Sicherheitsbereich ist das ausgewiesen. Ein Personalstop im übrigen Bereich ist aber ebenso wenig geplant wie eine laufende Überprüfung der Wirksamkeit der Aufgabenerfüllung aller staatlichen Bereiche. Genau das aber ist ein Gebot der Zeit. Die Wirtschaft leidet, der Wohlstand ist gefährdet. Der Staat nimmt das kaum zur Kenntnis. Wie lange noch?